

Geldwäsche und Compliance

Praxisleitfaden für Güterhändler

Bearbeitet von
Von Jürgen Krais, Rechtsanwalt

1. Auflage 2018. Buch. XVI, 241 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 68095 3

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Unternehmensrecht > Compliance](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Jürgen Krais
Geldwäsche und Compliance

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Geldwäsche und Compliance

Praxisleitfaden für Güterhändler

Herausgegeben von

Jürgen Krais

Rechtsanwalt/Syndikusanwalt in Augsburg

beck-shop.de
2018
DIE FACHBUCHHANDLUNG





www.beck.de

ISBN 978 3 406 68095 3

© 2018 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmsstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG / Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Konrad Tritsch Print und digitale Medien GmbH,
Ochsenfurt-Hohestadt

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Industrie und Handel (Güterhändler) haben in den vergangenen Jahren viel zur Verhinderung von Straftaten getan, vor allem im Rahmen der Korruptions-Prävention. Geldwäsche-Compliance ist dagegen nach wie vor ein eher exotisches Feld. Das ist einigermaßen verwunderlich, denn im Gegensatz zu den meisten anderen Gebieten der Compliance stellt das Geldwäschegegesetz (GwG) detaillierte Anforderungen, die auch Industrie- und Handelsbetriebe (Güterhändler) betreffen.

Die Neufassung des Geldwäschegegesetzes (GwG) ist am 26.6.2017 in Kraft getreten. Damit wurde die Vierte Geldwäsche-Richtlinie auf den Tag genau fristgerecht umgesetzt. Industrie- und Handelsbetriebe (Güterhändler) standen nicht explizit im Fokus der neuen Richtlinie. Der deutsche Gesetzgeber konnte sich aber nicht dazu entschließen, Geldwäsche-Bekämpfung auf Industrie und Handelsbetriebe mit Bargeldgeschäft zu beschränken, wie das sonst in der EU üblich ist. Daher sind in Deutschland alle Güterhändler Verpflichtete iSd GwG, ohne Rücksicht darauf, ob und ggf. in welcher Höhe sie Bargeldgeschäfte tätigen.

Güterhändler, die sich mit dem Geldwäschegegesetz beschäftigen, werden dabei die Erfahrung machen, dass keine Klarheit darüber herrscht, was Geldwäsche eigentlich ist, wie Industrie und Handel davon betroffen sind und was das Geldwäschegegesetz insoweit von ihnen verlangt. Vielmehr ist das Gesetz weitgehend auf den Finanzsektor und dessen ganz andere Geschäfte und Risikosituation zugeschnitten. Praktische Auslegungshinweise für den Güterhandel existieren nicht. Wie das Gesetz sind Literatur und Fortbildungsveranstaltungen fast ausschließlich auf den Bedarf des Finanzsektors ausgerichtet. Auch ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes besteht daher umfassend Rechtsunsicherheit, welche Anforderungen Güterhändler, insbes. Industrie- und Handelsbetriebe erfüllen müssen.

Dieses Buch soll helfen, die Lücke zu schließen. Es ist bewusst nicht an der Verwaltungspraxis der BaFin im Finanzsektor ausgerichtet und nicht als rein rechtliche (dogmatische) Abhandlung zu verstehen. Die spezifische Geschäfts- und Wettbewerbssituation von Industrie- und Handelsbetrieben verlangt eine eigenständige Auslegung und Anwendung des Geldwäschegegesetzes. Ziel der vorliegenden Publikation ist, durch Beispiele und Hinweise möglichst konkrete Hilfestellung und Anleitung für die Praxis zu erteilen.

Augsburg/München, den 1. November 2017

Jürgen Krais

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XV

A. Einführung

I. Das Phänomen Geldwäsche	1
II. Drogenkriminalität und Gründung der FATF	2
III. Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung	4
IV. Internationale Abkommen	5
V. Die EU-Geldwäsche-Richtlinien	5
VI. Das Geldwäschegesetz (GwG)	6
VII. Handelsbasierte Geldwäsche	7

B. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

I. Überblick	9
II. Geldwäsche (§ 261 StGB)	10
1. Objektiver Tatbestand	10
a) Gegenstand der Geldwäsche	10
b) Vortaten der Geldwäsche	11
c) Die Tathandlungen	13
d) Surrogate und Kontamination	14
2. Subjektiver Tatbestand	16
3. Strafloser Vorerwerb	17
4. Auslandstaten	18
5. Tätige Reue	19
6. Eigengeldwäsche und Ausschluss der Doppelbestrafung	19
7. Geldwäsche und Korruptionsstrafarten	19
8. Geldwäsche und Steuerdelikte	20
III. Geldwäsche: Das Drei-Phasen-Modell	21
IV. Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB)	23
V. Bildung terroristischer Vereinigungen (§§ 129a, 129b StGB)	25
VI. Aspekte des Strafverfahrensrechts	27

C. Güterhändler und andere Begriffsbestimmungen

I. Überblick (Verpflichtete)	29
II. Gewerbliche Güterhändler	30
1. Definition Güterhändler	30
2. Güter und Waren	31
3. Haupttätigkeit versus Nebentätigkeit	31
4. Überschießende Tendenz des GwG	32

III.	Abgrenzungsfragen	33
1.	Dienstleister und freie Berufe	33
2.	Handwerk und Urproduktion	34
3.	Versorgungsbetriebe	34
4.	Grundstückshandel	35
5.	Service-Gesellschaften	35
6.	Software-Vertrieb	36
IV.	Begriffsbestimmungen (Definitionen)	36
1.	Geschäftsbeziehung	36
2.	Transaktion	37
3.	Vermögensgegenstand	39
4.	Führungsebene und Leitungsebene	40
5.	Risikobasierter Ansatz	40

D. Geldwäsche-Risikomanagement

I.	Überblick (Risikomanagement)	43
II.	Risikomanagement bei Güterhändlern	43
1.	Güterhändler mit Bargeldgeschäft	43
a)	Bargeld	45
b)	Bargeldgeschäfte	47
2.	Güterhändler ohne Bargeldgeschäft	47
III.	Allgemeine Anforderungen	50
1.	Angemessenheit	50
2.	Zuständigkeit (Leitungsebene)	51
IV.	Risikoanalyse	52
1.	Überblick	52
2.	Gesetzliche Anforderungen	53
3.	Struktur der Risikoanalyse	54
a)	Bestandsaufnahme	55
b)	Risikoidentifizierung	55
c)	Kategorisierung und Gewichtung	55
d)	Umsetzung (Dimensionierung)	56
4.	Risikofaktoren (insbes. Anlage 1 und 2)	56
a)	Kundenrisiken	56
b)	Länderrisiken	60
c)	Transaktionsrisiken	63
d)	Produktrisiken	64
e)	Sonstige Risikofaktoren	65
V.	Sicherungsmaßnahmen (Grundsätze)	65
1.	Überblick	65
2.	Risikobasierte Ausgestaltung	66
3.	Aktualisierungspflicht	67
4.	Befreiungsmöglichkeiten	67
5.	Übertragung auf Dritte (Outsourcing)	68
VI.	Sicherungsmaßnahmen (Details)	69
1.	Grundsätze, Verfahren und Kontrollen	69
2.	Geldwäschebeauftragter (GWB)	70
a)	Hochwertige Güter	70
b)	Allgemeinverfügungen	71

c) Bestellung und Entpflichtung des GWB	72
d) Aufgaben, Befugnisse und Haftung	72
e) Disziplinarische und Fachliche Zuordnung	73
f) Erforderliche Qualifikation	74
g) Befreiung	75
h) Stellvertreter	76
3. Missbrauch neuer Technologien	76
4. Schulungen (Trainings)	77
5. Zuverlässigkeitssprüfung	77
6. Unabhängige Überprüfung	80
7. Sonstige organisatorische Maßnahmen	81
a) Interne Hinweisgebersysteme („Hotline“)	81
b) Vorkehrungen für Auskunftsertersuchen	82
8. Gruppenweite Anwendung	84
a) Gruppe	85
b) Gruppenweite Risikoanalyse	85
c) Einheitliche Sicherungsmaßnahmen	86
d) Gruppen-Geldwäschebeauftragter	86
e) Verfahren zum Informationsaustausch	87
f) Vorkehrungen zum Datenschutz	87
g) Gruppenunternehmen in der EU und EWR	87
h) Gruppenunternehmen in Drittstaaten	88
9. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	90
a) Umfang der Aufzeichnungspflichten	90
b) Im Rahmen der Sorgfaltspflichten erhobene Daten	91
c) Risikobewertungen im Rahmen der Sorgfaltspflichten	91
d) Ergebnisse der Untersuchung auffälliger Transaktionen	92
e) Bewertung möglicher Verdachtsmeldefälle	92
f) Aufbewahrungsfrist	92
E. Die Kundensorgfaltspflichten	
I. Allgemeine Sorgfaltspflichten	95
1. Überblick	95
2. Auslösetatbestände bei Güterhändlern	96
a) Auslösetatbestand: Bargeldtransaktionen	97
b) Auslösetatbestand: Verdachtsfall	97
c) Verhältnis zur Verdachtsmeldepflicht	97
d) Bestandskunden	100
3. Identifizierung des Vertragspartners (KYC):	100
a) Identifizierung natürlicher Personen	101
aa) Identifizierung anhand eines Ausweisdokuments	102
bb) Weitere Identifizierungsmöglichkeiten	103
cc) Fern- bzw. Videoidentifizierung	105
b) Identifizierung juristischer Personen/Personengesellschaften	106
c) Sonderfall: GmbH & Co KG	107
d) Zeitpunkt der Identitätsprüfung	108
e) Ausnahmen von der Identifizierungspflicht	108
4. Identifizierung Auftretender Personen	109
5. Identifizierung des Wirtschaftlich Berechtigen	110
a) Definition: Wirtschaftlich Berechtigter:	110
aa) Wirtschaftliche Berechtigung aufgrund von Eigentum	111
bb) Kontrolle von Stimmrechten	112

cc) Sonstige Formen der Kontrolle	113
dd) Handeln auf Veranlassung	114
ee) Mehrstufige Beteiligungsverhältnisse	114
ff) Fiktive Wirtschaftlich Berechtigte	115
b) Wirtschaftliches Eigentum (Beispiele)	117
aa) Börsennotierte Gesellschaften	117
bb) Aktiengesellschaften	118
cc) Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)	118
dd) Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	118
ee) GmbH & CO KG	118
ff) Genossenschaften (eG)	118
gg) Eingetragene Vereine (eV)	119
hh) Trusts und Stiftungen	119
ii) Behörden und öffentliche Unternehmen	119
c) Durchführung der Identifizierung	120
6. Feststellung politisch exponierter Personen (PEP)	121
a) Überblick (PEP)	121
b) Systematische Einordnung	122
c) Definition (PEP)	123
d) Gesetzliche Beispiele	124
e) Familienangehörige von PEPs	125
f) PEPs nahestehende Personen	125
g) Feststellung der PEP-Eigenschaft	126
h) PEP nach Aufnahme einer Geschäftsbeziehung	127
i) Ehemalige PEPs	127
7. Art und Zweck der Geschäftsbeziehung	128
8. Kontinuierliche Überwachung	129
9. Umfang der Allgemeinen Sorgfaltspflichten	130
10. Mitwirkungspflichten des Vertragspartners	131
11. Beendigungsgebote und Transaktionsverbote	133
II. Vereinfachte Sorgfaltspflichten	137
III. Verstärkte Sorgfaltspflichten	139
1. Überblick	139
2. Verstärkte Sorgfaltspflichten bei Güterhändlern	140
3. Verstärkte Sorgfaltspflichten bei PEPs	141
4. Verstärkte Sorgfaltspflichten: EU-Negativliste	143
5. Verstärkte Sorgfaltspflichten: Ungewöhnliche Transaktionen	144
6. Verstärkte Sorgfaltspflichten: Erhöhte Risiken lt. Risikoanalyse	146
7. Verstärkte Sorgfaltspflichten: Sonstige Erhöhte Risiken	146
8. Verstärkte Sorgfaltspflichten: Behördliche Anordnung	147
9. Umfang Verstärkter Sorgfaltspflichten	147
10. Beendigungsgebot bzw. Transaktionsverbot	148
IV. Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte	148
1. Überblick	148
2. Dritte Verpflichtete	149
3. Sonstige Dritte	150
4. Zusätzliche Anforderungen	151
F. Verdachtsfälle und Verdachtsmeldungen	
I. Überblick (Verdachtsmeldungen)	153

II.	Die FIU Deutschland	153
III.	Verdachtsmeldungen: Statistiken	155
IV.	Verdachtsmeldung, Strafanzeige, Selbstanzeige	157
V.	Verdachtsmeldepflicht bei Güterhändlern	159
VI.	Verdachtsfälle	160
1.	Geldwäsche-Verdachtsfall	160
2.	Verdacht der Terrorismusfinanzierung	161
3.	Verdacht aufgrund mangelnder Mitwirkung	162
4.	Verdachtsmeldeschwelle nach BMF	163
5.	Typologien der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	165
6.	Verdachtsmeldeschwelle: Kritische Würdigung	166
7.	Praxisbeispiele (Industrie)	168
a)	Zahlung über Konten in Drittländern	168
b)	Drittzahlungen aus unbekannter Quelle	169
c)	Briefkastenfirmen	171
d)	komplexe Eigentümer- und Kontrollstrukturen	172
e)	Transaktionen oder Geschäftsmodelle ohne wirtschaftlichen Sinn	173
f)	Unnötig komplexe Geschäftsmodelle	173
g)	Dubiose Finanzierungen	174
h)	Überzahlungen und Weiterleitungsfälle	175
i)	Zahlungen aus privater Quelle für geschäftliche Lieferungen	175
VII.	Verdachtsmeldungen	176
1.	Form und Frist	176
2.	Besondere Zuständigkeit	177
3.	Registrierungsverfahren (goAML)	178
VIII.	Nach der Verdachtsmeldung	179
1.	Rückmeldung an den Verpflichteten	179
2.	Temporäres Transaktionsverbot	180
3.	Sofortmaßnahmen der FIU	181
4.	Verbot der Informationsweitergabe (Tipping-Off)	183
5.	Haftungsfreistellung, Diskriminierungsverbot	184
6.	Informationszugang Betroffener und Akteneinsicht	185
7.	Melden macht (ein bisschen) frei	187
8.	Auskunftsersuchen	189
IX.	Internes Meldewesen	189
G. Aufsichtsbehörden und Ordnungswidrigkeiten		
I.	Überblick	191
II.	Zuständige Aufsichtsbehörde	191
III.	Befugnisse und Pflichten der Aufsichtsbehörden	192
1.	Vor-Ort-Prüfungen	192
2.	Pflichten der Aufsichtsbehörden	193
3.	Behördliche Hinweisegebersysteme	194
4.	Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	196
IV.	Mitwirkungspflichten der Verpflichteten	196
V.	Geldbußen und anderen Sanktionen	197
1.	Ordnungswidrigkeiten	197

2. Wiederruf der Zulassung	198
3. Verbot von Leitungpositionen	199
4. Veröffentlichung von Entscheidungen	199
VI. Rechtsbehelfe	200

H. Besondere Transparenzpflichten (Transparenzregister)

I. Überblick	201
II. Aufbau und Funktion	201
III. Privatrechtliche Vereinigungen	202
1. Wirtschaftlich Berechtigte bei Vereinigungen	203
2. Besondere Transparenzpflichten	204
3. Mitteilungsfiktion	206
a) Börsennotierte Gesellschaften	208
b) Vereinigungen in Streubesitz	208
4. Auskunftspflichten der Anteilseigner	210
a) Anteilseigner, die Wirtschaftlich Berechtigte sind	211
b) Anteilseigner unter Kontrolle des Wirtschaftlich Berechtigten	211
c) Auskunftspflicht anderer Wirtschaftlich Berechtigter	212
IV. Trust, Stiftungen und ähnliche Rechtsgestaltungen	212
1. Wirtschaftlich Berechtigte bei Trusts und Stiftungen	213
2. Besonderheiten	214
V. Einsichtnahme in das Transparenzregister	215
1. Überblick	215
2. Gestaffelter Zugang	215
3. Zugangssperren	217
4. Ausdrucke und Bestätigungen	219
VI. Gebühren, Sanktionen, Übergangsfristen	219
VII. Europäische Registervernetzung	220

K. Besonderheiten bei Güterhandelsgruppen

I. Verpflichtete ohne Privilegierung	223
II. M&A-Aktivitäten	223
III. Industrielle Holdings (Finanzunternehmen)	224

L. Rechtspolitischer Ausblick

Anhang

I. Länderlisten	231
1. Länderliste EU und EWR	231
2. Mitgliedsländer der FATF	231
3. EU-Negativliste (Drittstaaten mit hohem Risiko)	231
4. FATF: Liste der nicht kooperierenden und Staaten mit hohem Risiko	232
II. Kommentierte Liste von Anhaltspunkten (Typologien) für mögliche Verdachtsfälle	232
III. Nützliche Links	234
Stichwortverzeichnis	235